
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 24/3 (1997)

DOI: 10.11588/fr.1997.3.60955

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

REINER MARCOWITZ

KONGRESSDIPLOMATIE 1815–1823:
FRANKREICHS RÜCKKEHR IN DAS EUROPÄISCHE KONZERT

»Aufstieg und Fall der großen Mächte« gehören zu den interessantesten Themen der Geschichtsschreibung¹. Dies gilt erst recht für den militärischen Zusammenbruch und den politischen *Wiederaufstieg* von Staaten. Hiervon zeugt nicht nur die deutsche, sondern auch die französische Historie z. B. der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Um sie – Frankreichs Kapitulation am Ende der Revolutions- bzw. Napoleonischen Kriege 1814 und die Wiederaufnahme des Landes in den Kreis der europäischen Großmächte – geht es im folgenden. Dabei soll zunächst das Ausmaß der französischen Niederlage erörtert, dann der besondere Charakter des anschließenden Friedensschlusses untersucht und schließlich der wiedergewonnene Status Frankreichs in der europäischen Pentarchie der Jahre 1818 bis 1823 dargelegt werden.

Die *Grande Révolution* von 1789 veränderte nicht nur grundlegend die politische Landschaft Frankreichs, sondern sehr bald auch die politische Landkarte Europas². Der eigene Erfolg vermittelte den französischen Revolutionären ein »Sendungsbewußtsein«³, das sie scheinbar berechtigte, ja verpflichtete, auch ihre Nachbarn mit den Idealen von *liberté, égalité, fraternité* zu beglücken. Diese »Mission« beflügelte die französischen Massenheere in den Revolutionskriegen seit 1792. Spätestens unter Napoleon I. entartete das französische Sendungsbewußtsein aber auch zum kaum verhüllten Expansionismus und Ausweis »aggressiver Ruhmsucht«⁴; hiergegen erhoben sich die unterdrückten Völker, und die übrigen Großmächte schmiedeten eine Allianz. Diese richtete sich nie gegen Frankreich allgemein, lange Zeit noch nicht einmal gegen Napoleon persönlich, sondern nur gegen dessen hegemoniale Hybris: Bis zum Frühjahr 1814 erschien selbst der französische Kaiser den Verbündeten noch als möglicher Partner einer neuen europäischen Friedensordnung, die Frankreichs Größe erhalten, seine Vorherrschaft indes beseitigen sollte. Erst seine Unbelehrbarkeit, die das Scheitern des Kongresses von Châtillon hinlänglich bewies, führte das durch den Vertrag von Chaumont begründete Bündnis Großbritanniens, Rußlands, Österreichs und Preußens im März 1814 faktisch in eine »Anti-

1 Paul W. KENNEDY, *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt/M. 1989.

2 Elisabeth FEHRENBACH, *Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß*, München 1981 (Oldenbourg-Grundriß der Geschichte, 12) S. 38–50.

3 Karl EPTING, *Das französische Sendungsbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert*, Heidelberg 1952.

4 Wolf-D. GRUNER, *Die deutsche Frage in Europa 1800–1990*, München, Zürich 1993, S. 87.

Napoleon-Koalition« über⁵. Fortan mutete eine Einigung mit dem französischen Kaiser wegen dessen Bellizismus unmöglich an – sie hätte nur bedeutet: »éterniser la guerre«⁶.

Mit der Abdankung Napoleons I. am 6.4.1814 war das primäre Kriegsziel der »Großen Allianz« erreicht. Die Sieger proklamierten sowohl den künftigen Ausschluß des Usurpators von der Macht als auch die politische und territoriale Integrität Frankreichs wie sein politisches Selbstbestimmungsrecht⁷. Im Hinblick auf die konkreten Bestimmungen des nun anstehenden Friedensvertrags gab es zunächst zwar erhebliche Meinungsunterschiede zwischen denen, die – wie die Staaten des ehemaligen »Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation« – eine mehrjährige französische Besatzung erlebt hatten, und jenen – dem Rest der Koalition –, für welche die Franzosen nur militärische Gegner gewesen waren. Doch letztlich verschloß sich kein Verbündeter der vor allem von den beiden leitenden Staatsmännern der Koalition – dem österreichischen Außenminister Clemens von Metternich und seinem britischen Kollegen Robert Stewart Viscount Castlereagh – propagierten Erkenntnis, daß eine dauerhafte Friedensordnung erforderte, der Großmacht Frankreich weiterhin »une des premières places dans le système européen«⁸ einzuräumen. Vorbedingung hierfür war allerdings – darin stimmten die Siegermächte ebenfalls überein –, daß Frankreich sich nach innen und außen wieder stabilisierte, daß seine innenpolitische Befriedung mit außenpolitischer Friedfertigkeit einherging. Nach anfänglichem Zögern anerkannte die »Große Allianz«, daß eine Inthronisation Ludwigs XVIII. für beides die beste Gewähr bot⁹. Die äußerst gemäßigten Bestimmungen des Ersten Pariser Friedens vom 30.5.1814, der Frankreich die Grenzen von 1792 zusätzlich einiger päpstlicher Enklaven und deutscher Gebiete sowie die in ganz Europa geraubten Kunstschatze beließ, sollten daher auch die Restauration des Bourbonen festigen helfen¹⁰. Nicht ohne Grund vermochte der neue

5 Henry KISSINGER, *Das Gleichgewicht der Großmächte. Metternich, Castlereagh und die Neuordnung Europas 1812–1822*, ND Zürich 1986, S. 241–273. Eine formelle Absage an Verhandlungen mit Napoleon I. erfolgte allerdings erst nach dem Einzug der Alliierten in Paris, am 31.3.1814 (vgl. Pierre RAIN, *L'Europe et la Restauration des Bourbons 1814–1818*, Paris 1908, S. 77).

6 Proklamation König Friedrich Wilhelms III. vom 7.4.1815. Zit. n. Archives Parlementaires. De 1789 à 1860. Recueil Complet des Débats Législatifs & Politiques des Chambres Françaises. Deuxième série (1800 à 1860) (AP), T. XIV: Du 3 Décembre 1814 Au 9 Juillet 1815, Paris 1869, S. 442.

7 Vgl. die entsprechende Erklärung Zar Alexanders I. anlässlich seines Einzugs in Paris zusammen mit dem preußischen König Friedrich Wilhelm III. am 31.3.1814. In: AP, T. XII: Du 31 Mars 1814 Au 1^{er} Octobre 1814, Paris 1868, S. 7.

8 Extrait du procès-verbal des conférences des puissances signataires du traité de Paris. Conférence du 12 juin 1815. Zit. n. AP, T. XIV (wie Anm. 6) S. 329. Vgl. Reiner POMMERIN, *Das europäische Staatensystem zwischen Kooperation und Konfrontation 1739–1856*. In: Helmut NEUHAUS (Hg.), *Aufbruch aus dem Ancien Régime. Beiträge zur Geschichte des 18. Jahrhunderts*, Köln, Weimar, Wien 1993, S. 79–99 (S. 95 ff.).

9 RAIN (wie Anm. 5) S. 12–37, 52–57 und 73–84; E. J. KNAPTON, *Some aspects of the Bourbon Restoration of 1814*. In: *The Journal of Modern History* 6 (1934) S. 405–424; Charles K. WEBSTER, *The Foreign Policy of Castlereagh 1812–1815. Britain and the Reconstruction of Europe*, ND London 1963, S. 233–252; Philip MANSEL, *How Forgotten were the Bourbons in France between 1812 and 1814?* In: *European Studies Review* 13 (1983) S. 13–38.

10 Der Vertrag ist abgedruckt in: Comte DE ANGERBERG (Hg.), *Le congrès de Vienne et les traités de 1815. Précédé et suivi des actes diplomatiques qui s'y rattachent*, Bd. 1, Paris 1863, S. 161–176.

französische König diesen »Friedensvertrag des Gleichgewichts«¹¹ in der Abgeordnetenversammlung am 4.6.1814 als eine Konsolidierung französischer Kriegserfolge in Friedenszeiten zu stilisieren: »Le rang que la France a toujours occupé parmi les nations n'a été transféré à aucune autre et lui demeure sans partage. Tout ce que les autres Etats acquièrent de sécurité accroît également la sienne; et, par conséquent, ajoute à sa puissance véritable. Ce qu'elle ne conserve pas de ses conquêtes ne doit pas être regardé comme retranché de sa force réelle. La gloire des armées françaises n'a reçu aucune atteinte; les monuments de leur valeur subsistent, et les chefs-d'œuvre des arts nous appartiennent désormais par des droits plus stables et plus sacrés que ceux de la victoire«¹².

Den umfassenden Anspruch der siegreichen Koalition, die eben nicht nur auf eine Beendigung der Revolutionskriege abzielte, sondern auch auf die Schaffung eines neuen Europa, die Bildung eines funktionierenden europäischen Mächtesystems, das dem Kontinent nach gut zwei Jahrzehnten Kriegswirren endlich wieder eine andauernde Friedensperiode beschern sollte, dokumentierte Artikel XXXII des Friedensvertrags vom 30.5.1814, der die Zusammenkunft eines Kongresses in Wien bis Jahresende stipulierte. Frankreich wurde hierzu zwar eingeladen, doch hatte man seinem Vertreter lediglich eine Zuschauerrolle zugeordnet. Tatsächlich gelang es Charles-Maurice de Talleyrand indes kraft persönlichen Geschicks, vor allem aber dank günstiger Umstände auf dem Wiener Kongreß vom 18.9.1814 bis 9.6.1815 sehr bald, eine aktive Rolle zu spielen – zunächst als scheinbar uneigennütziger Vertreter der »Kleinen«, schließlich als notwendiger Partner der »Großen«, nachdem die Kriegskoalition an der sächsisch-polnischen Frage zerbrach und Großbritannien wie Österreich seiner bedurften, um die überzogenen territorialen Ansprüche Preußens und Rußlands abzuwehren¹³. Napoleons Rückkehr von Elba machte diesen französischen Erfolg allerdings wieder weitgehend zunichte: Obwohl sich die rasch reformierte »Große Allianz« formell erneut »einzig und allein gegen Bonaparte und keineswegs gegen Frankreich«¹⁴ richtete, Frankreich ihr sogar angehörte, schwand das Vertrauen der Verbündeten in die französische Restauration in dem Maße, wie sich zeigte, daß zahlreiche Franzosen ihrem früheren Kaiser folgten und ihm dadurch immerhin eine Herrschaft von »Hundert Tagen« ermöglichten. Der Enttäuschung und dem Mißtrauen gegenüber der weiteren Entwicklung Frankreichs trugen die – gemessen am ersten Friedensvertrag – sehr viel härteren Bestimmungen des Zweiten Pariser Friedens vom 20.11.1815 Rechnung: Dieser sah – mit

11 KISSINGER (wie Anm. 5) S. 271.

12 Zit. n. AP, T. XII (wie Anm. 7) S. 32.

13 Vgl. Karl GRIEWANK, *Der Wiener Kongreß und die europäische Restauration 1814/15*, Leipzig 1954, S. 118–258; KISSINGER (wie Anm. 5) S. 274–334; Karl-Heinz BENDER, *Die französische Außenpolitik auf dem Wiener Kongreß*. In: DERS./Klaus BERGER/Mario WANDRUSZKA (Hg.), *Imago Linguae. Beiträge zu Sprache, Deutung und Übersetzen*. Fs. zum 60. Geburtstag von Fritz Paepcke, München 1977, S. 45–59 und Alexandra VON ILSEMANN, *Die Politik Frankreichs auf dem Wiener Kongreß. Talleyrands außenpolitische Strategien zwischen Erster und Zweiter Restauration*, Hamburg 1996, S. 87–338.

14 Talleyrand an Ludwig XVIII. am 19.3.1815. Zit. n. Herzog VON BROGLIE (Hg.), *Memoiren des Fürsten Talleyrand*, Bd. 3, Berlin 1891, S. 93f. (S. 94). Vgl. Talleyrand an Ludwig XVIII. am 19.3.1815, ebd., S. 95 sowie den Text der erneuerten Quadrupelallianz vom 25.3.1815, ebd., S. 106–109.

leichten Abweichungen – die Zurückdrängung Frankreichs auf seine Grenzen von 1790, die Zahlung von 700 Millionen Francs als Kriegsentschädigung, eine alliierte Besatzung von bis zu 150 000 Mann für drei bis fünf Jahre sowie die Rückgabe der in den vergangenen Kriegen gestohlenen Kunstschatze vor¹⁵. Die meisten Franzosen empfanden ihn als ebenso demütigend wie ungerecht, und seine Revision sowie die der weiteren Beschlüsse des Wiener Kongresses geriet zum Leitthema der französischen Außenpolitik. Dabei blieb selbst der Zweite Pariser Frieden dank Castlereagh sowie Zar Alexander I. noch weit hinter den, auf eine regelrechte Bestrafung der Franzosen in Form eines »Démembrement total de la France«¹⁶ abzielenden preußischen Annexionsforderungen zurück, denen sich auch Österreich nicht mehr gänzlich verschloß. Allerdings drückten er sowie die Fortschreibung der »Anti-Napoleon-Koalition« in Form der »Quadrupelallianz« vom 20.11.1815¹⁷ und in gewisser Weise auch die »Heilige Allianz« vom 26.9.1815¹⁸ das tiefe Mißtrauen aus, das die europäischen Mächte den Franzosen nun entgegenbrachten.

Ende 1815 war Frankreich eine besiegte Macht unter alliierter Kuratel, jedoch kein »Paria«¹⁹ innerhalb des europäischen Staatensystems: Es blieb hierin eingebunden – als Mitglied der »Heiligen Allianz«, der es bereits am 19.11.1815 beigetreten war²⁰, aufgrund seiner diplomatischen Beziehungen zu den übrigen europäischen Mächten²¹ und wegen seines als legitim anerkannten Herrscherhauses. Es war nicht als ein Aussätziger ausgestoßen, sondern es wurde eher als ein krankes Land angesehen, das wegen des andauernden unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Revolutionsanhängern und ultra-royalistischen Konterrevolutionären innenpolitisch noch nicht vollends geheilt schien von seinen revolutionären Fieberstößen und von dem daher eine latente Ansteckungsgefahr ausging²². Aber niemand bezweifelte, daß Frankreich wieder ein gleichberechtigtes Mitglied des europäischen Mächtesystems werden sollte, denn dies mutete für dessen Stabilität unabdingbar an – offen blieb

15 Der Vertrag ist abgedruckt in: ANGERBERG (wie Anm. 10), Bd. 2, S. 1595–1604.

16 *Projet d'un Démembrement total de la France. Constaté par le témoignage public des apôtres du cabinet prussien*, Paris 1815. Archives du Ministère des Affaires Etrangères (AMAE). Correspondance Politique (CP) Allemagne 752. Vgl. GRUNER (wie Anm. 4) S. 115 und GRIEWANK (wie Anm. 13) S. 313–355.

17 Der Vertrag ist abgedruckt in: Guillaume DE BERTIER DE SAUVIGNY, *La Sainte Alliance*, Paris 1972, S. 105–108.

18 Das Abkommen ist abgedruckt in: Werner NÄF, *Zur Geschichte der Heiligen Allianz*, Bern 1928 (Berner Untersuchungen zur Allgemeinen Geschichte, 1) S. 31 ff.

19 Karl HAMMER, *Die französische Diplomatie der Restauration und Deutschland 1814–1830*, Stuttgart 1962 (Pariser Historische Studien, 2) S. 25.

20 Ernst Rudolf HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 1: Reform und Restauration 1789 bis 1830, 2. verb. Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln 1990, S. 689. Vgl. NÄF (wie Anm. 18) S. 22 und zur Bedeutung des Abkommens Wolfram PYTA, *Idee und Wirklichkeit der »Heiligen Allianz«*. In: Frank-Lothar KROLL (Hg.), *Neue Wege der Ideengeschichte. Fs. für Kurt Kluxen zum 85. Geburtstag*, Paderborn usw. 1996, S. 315–345.

21 Zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen vgl. Maurice DEGROS, *Les créations de postes diplomatiques et consulaires français de 1815 à 1870*. In: *Revue d'histoire diplomatique* 100 (1986) S. 25–64 (S. 26–37) und Timothy Ronald WALTON, *The French ambassadors, 1814–1914: The transition from patronage to professionalism*, Ph.D. Univ. of Virginia 1984, S. 27–94.

22 Zur innenpolitischen Spaltung Frankreichs vgl. Jean TULARD, *Frankreich im Zeitalter der Revolutionen 1789–1851*, Stuttgart 1989 (Geschichte Frankreichs, 4) S. 292 ff.

nur, wann der richtige Zeitpunkt hierfür gekommen war. Spürbarster und für die Franzosen schmerzhaftester Ausdruck dieses Vorbehalts sowie der Beschneidung der eigenen Souveränität waren die Konferenz der Botschafter der vier Siegermächte in Paris, die sich seit Ende 1815 mindestens einmal wöchentlich unter Leitung des alliierten Oberkommandierenden, des Herzogs von Wellington, traf, um die innere Entwicklung Frankreichs zu diskutieren und dessen Regierung zu beraten, sowie vor allem ihr bewaffneter Arm, jene Besatzungsarmee, die in Nord- und Ostfrankreich stationiert war²³. Deren Abzug wurde zunächst zum Hauptziel der französischen Außenpolitik, das Ministerpräsident Armand-Emmanuel de Richelieu schließlich auf einem neuen Kongreß der Großmächte in Aachen vom 29. 9. bis 21. 11. 1818 erreichte²⁴. Überdies luden die Vertreter der ehemaligen Siegermächte Frankreich hier ein, künftig an ihren Beratungen teilzunehmen, wie sie Artikel VI des »Vierbundes« vom November 1815 vorsahen²⁵. Gleichzeitig bestätigten sie sich aber in einer geheimen Abmachung vom 19. 10. 1818 – über die Richelieu und durch ihn der französische König indes informiert wurden – die andauernde Gültigkeit der Kontrollaufgabe, die ihnen aus der »Quadrupelallianz« erwachsen war²⁶.

Die Beschlüsse des Kongresses von Aachen befreiten Frankreich zwar einerseits aus seiner Außenseiterrolle als besiegter und besetzter Staat, andererseits gaben sie dem Land erneut einen Sonderstatus: Aufgrund seiner momentanen relativen Stabilität wurde es gleichberechtigtes Subjekt des Europäischen Konzerts²⁷, doch aufgrund seiner Vergangenheit und seiner latenten Instabilität blieb es auch Objekt der andauernden Überwachung durch den »Vierbund«. Die Franzosen wurden durch die Aachener Beschlüsse in eine doppelte Verantwortung genommen: Außenpoli-

23 Vgl. RAIN (wie Anm. 5) S. 207 ff. und 270–284.

24 Zu Verlauf und Ergebnissen des Kongresses vgl. RAIN (wie Anm. 5) S. 468–477; Alfred STERN, *Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden 1871*, Bd. 1, Berlin 1894, S. 460–480; Maurice BOURQUIN, *Histoire de la Sainte Alliance*, Genf 1954, S. 217–246; Walter Alison PHILIPPS, *The Confederation of Europe. A Study of the European Alliance, 1813–1823 as an Experiment in the International Organization of Peace*, ND New York 1966, S. 159–191; KISSINGER (wie Anm. 5) S. 406–436. Für die Treffen von Vertretern der vier Großmächte in Aachen, Troppau, Laibach und Verona wird im folgenden der Begriff »Kongreß« verwandt, obwohl sie nicht alle dem in der Forschung postulierten Kriterium entsprechen, reine Treffen von Monarchen oder zumindest deren Außenministern zu sein (vgl. Paul W. SCHROEDER, *Metternich's Diplomacy at Its Zenith 1820–1823*, Austin/Texas 1962, S. XI; Irby C. NICHOLS, *The European Pentarchy and the Congress of Verona, 1822*, The Hague 1971, S. 325 und Winfried BAUMGART, *Vom Europäischen Konzert zum Völkerbund. Friedensschlüsse und Friedenssicherung von Wien bis Versailles*, 2. erw. Aufl. Darmstadt 1987 (Erträge der Forschung, 25) S. 8). Diese enge Definition hat sich für die genannten Zusammenkünfte in der Literatur letztlich nicht durchgesetzt (vgl. zuletzt Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Vom Wiener Kongreß zur Pariser Konferenz. England, die deutsche Frage und das Mächtesystem 1815–1856*, Göttingen, Zürich 1991 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, 28) S. 42; DERS., *Die Deutsche Frage und das Europäische Staatensystem 1815–1871*, München 1993 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, 15) S. 11 und Paul W. SCHROEDER, *The Transformation of European Politics 1763–1848*, Oxford 1994, S. 583–636).

25 Die Einladung ist abgedruckt bei BERTIER DE SAUVIGNY, *Sainte Alliance* (wie Anm. 17) S. 145–148. Am 15. 11. 1818 unterzeichneten die fünf Großmächte ein entsprechendes Protokoll (vgl. ebd., S. 148 ff.).

26 Das Geheimprotokoll ist abgedruckt ebd., S. 143–145.

27 Zum Begriff des Europäischen Konzerts, der hier synonym für die konfliktvermeidende bzw. krisensteuernde Kooperation der Großmächte verwendet wird, vgl. BAUMGART (wie Anm. 24) S. 1–19.

tisch durch eine Verankerung ihrer nationalen Außenpolitik in ein übernationales Konzert der europäischen Großmächte, innenpolitisch in Form eines Junktims zwischen ihrer inneren Stabilität und ihrer wiedergewonnenen äußeren Gleichberechtigung. Insofern bedeuteten sie nur eine zeitgemäßere Form der bisherigen Kontrolle, nachdem der unmittelbare militärische Zugriff wegen seiner politischen und wirtschaftlichen Belastungen zunehmend die innere Stabilität Frankreichs zu gefährden, also kontraproduktiv zu werden drohte. Daher fiel das Ergebnis der Konferenz von Aachen aus französischer Sicht ambivalent aus: Vordergründig war es ein großer Erfolg der Regierung Richelieu, der die öffentliche Meinung des Landes befriedigte und damit die Herrschaft Ludwigs XVIII. festigte²⁸. Indes hielt das Mißtrauen der ehemaligen Sieger gegenüber dem einstigen Besiegten an: Frankreich blieb für sie »le pays le moins disposé à respecter la tranquillité générale, le mieux placé et le mieux organisé pour la troubler, et celui qui, après quelques années, pourra l'entreprendre avec le plus succès«²⁹. In den folgenden Jahren kalkultierten zumindest der französische König und seine wechselnden Regierungen diesen »espèce de préjugé«³⁰ ein. Daher waren sie gewillt, fortan ein loyales Mitglied des Konzerts der europäischen Großmächte zu sein, auf außenpolitische Alleingänge zu verzichten und sich überhaupt nach Möglichkeit nicht in europäische Händel zu verstricken, zumal dies der weiteren Beruhigung des innenpolitischen Klimas zugute kommen mußte: »La France doit [...] nourrir des sentiments de bienveillance pour ces cours [Rußland, Großbritannien, Österreich und Preußen]; par les actes d'Aix-la-Chapelle, elle s'est unie à elles, si ce n'est pas par une alliance formelle, du moins par d'étroites relations de bonne intelligence et d'harmonie; elle a franchement renoncé à toute idée d'ambition et de conquêtes, et quand elle ne profiterait pas à cet égard de l'expérience cruelle du passé le soin d'assurer sa tranquillité intérieure, de rétablir son administration garantirait assez son désir de ne pas troubler le repos dont jouit enfin l'Europe«³¹.

Allerdings erwies sich die internationale Politik der folgenden Jahre als äußerst bewegt, so daß die französische Regierung schon bald gezwungen war, ihre außen-

28 Vgl. die Adresse der Abgeordnetenkammer an den König vom 23.12.1818. In: AP, T. XXII: Du 16 Avril 1818 Au 13 Février 1819, Paris 1872, S. 520 f.

29 Denkschrift Gents' mit Bilanz des Kongresses von Aachen vom November 1818. Zit. n. Fürst Richard von METTERNICH-WINNEBURG (Hg.), Aus Metternich's nachgelassenen Papieren, Bd. 2/1, Wien 1881, S. 164–170 (S. 168).

30 Dessolles an Bonnay am 13.1.1819. Archives Diplomatiques de Nantes (AD). Ambassade de Berlin. Série A. 10: 1818–1822, S. 185r.

31 Instruktion für La Ferronays vom 16.1.1819. AMAE. CP Russie 159: 1819, S. 20v–22r. Dies gegen Wolf D. GRUNER, Frankreich in der europäischen Ordnung des 19. Jahrhunderts. In: DERS./Klaus-Jürgen MÜLLER (Hg.), Über Frankreich nach Europa. Frankreich in Geschichte und Gegenwart, Hamburg 1996 (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte, 10) S. 201–274 (S. 210–214), der der französischen Außenpolitik nach 1818 zu undifferenziert Revisionsstreben unterstellt. Auch ignoriert er den Gegensatz zwischen defensiver Regierungspolitik und ambitiöser öffentlicher Meinung in Frankreich. Richelieu hatte bereits in einem Schreiben an Metternich vom 18.5.1818 den Wunsch seines Landes nach Zulassung zu den Beratungen der übrigen vier Großmächte mit der Notwendigkeit der außenpolitischen Einbindung Frankreichs begründet, das nicht erneut zur Bedrohung Europas werden dürfe (vgl. Guillaume DE BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich et la France après le Congrès de Vienne, Bd. 1: De Napoléon à Decazes 1815/1820, Paris 1968, S. 194).

politische Zurückhaltung aufzugeben: Fünf Jahre nach dem Wiener Kongreß wurde das dort geschaffene europäische Ordnungswerk durch die Revolutionen in Spanien im März 1820 sowie in Neapel-Sizilien im Juli und schließlich auch in Piemont-Sardinien im März 1821, welche die betroffenen Monarchen zu erheblichen verfassungspolitischen Konzessionen zwangen, erstmals in Frage gestellt³². Die Pentarchie benötigte drei Zusammenkünfte – in Troppau 1820, Laibach 1821 und Verona 1822 –, um der neuen Herausforderung zu begegnen. Eine vordergründige Betrachtung vermag hierin auch den Ausdruck eines sukzessive wiedergewonnenen französischen Prestiges zu entdecken – schließlich wurde Frankreich doch bereits vier Jahre nach seiner formellen Wiederzulassung zur Pentarchie autorisiert, zugunsten der spanischen Bourbonen zu intervenieren³³. Tatsächlich prägten die Diskussionen in Troppau, Laybach und Verona ein Grundsatzstreit über die Frage, ob den Großmächten ein umfassendes Interventionsrecht zugunsten bedrohter Monarchien in ganz Europa zukomme. Er sprengte letztlich das Einvernehmen der ehemaligen Siegermächte und verwandelte das auf einer Interessen- und Wertegemeinschaft beruhende »Wiener System« in die materiell wie ideell sehr viel lockerere »Wiener Ordnung«³⁴. Frankreich sah sich vor diesem Hintergrund mit besonders heiklen Entscheidungen konfrontiert, denn die außenpolitische Spaltung der Pentarchie zwischen den interventionsfreudigen Ostmächten Rußland, Österreich sowie Preußen und dem zurückhaltenderen Großbritannien schlug sich unmittelbar in der innenpolitischen Agitation von Ultra-Royalisten und Liberalen im eigenen Land nieder. Obwohl dies die verfassungsmäßig verbürgte außenpolitische Prärogative des Königs nicht unmittelbar beeinträchtigte, gebot die Erfahrung der Französischen Revolution und die öffentliche Diskussion von Regierungsentscheidungen in Abgeordnetenkammer und Presse, auf innenpolitische Stimmungen Rücksicht zu nehmen³⁵. Angesichts dieser äußeren und inneren Herausforderungen stellte der Ver-

32 SCHROEDER, *Diplomacy* (wie Anm. 24) S. 30 ff.; Günther HEYDEMANN, *Konstitution gegen Revolution. Die britische Deutschland- und Italienpolitik 1815–1848*, Göttingen, Zürich (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, 36) S. 67–89 und 112–126; SCHROEDER, *Transformation* (wie Anm. 24) S. 612 f.

33 Dies suggerieren die meisten Darstellungen, sei es, weil sie Frankreichs Politik in der Kongreßzeit nur sehr knapp behandeln wie DOERING-MANTEUFFEL, *Deutsche Frage* (wie Anm. 24) S. 11; HAMMER (wie Anm. 19) S. 41 f. und 101ff. und Walter BUSSMANN (Hg.), *Europa von der Französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jahrhunderts*, Stuttgart 1981 (Handbuch der Europäischen Geschichte, 5) S. 45 oder sei es, weil sie trotz ausführlicherer Erörterung der Kongreßzeit die innen- und außenpolitischen Dilemmata Frankreichs weitgehend ausblenden wie Peter BURG, *Der Wiener Kongreß. Der Deutsche Bund im europäischen Staatensystem*, München 1984, S. 59 ff.; F. R. BRIDGE/Roger BULLEN, *The Great Powers and the European System 1815–1914*, London 1980, S. 36–44 sowie SCHROEDER, *Transformation* (wie Anm. 24) S. 606–614 und 621–628.

34 DOERING-MANTEUFFEL, *Wiener Kongreß* (wie Anm. 24) S. 41–56.

35 Zur französischen Verfassung der Restauration, der *Charte constitutionnelle* von 1814, vgl. Paul BASTID, *Les institutions politiques et la Monarchie parlementaire française (1814–1848)*, Paris 1954, S. 38–69; Hans GANGL, *Die Verfassungsentwicklung in Frankreich 1814–1830*. In: HZ 202 (1966) S. 265–308; Jean-Jacques CHEVALLIER, *Histoire des institutions et des régimes politiques de la France de 1789 à nos jours*, Paris 1977 (Etudes Politiques, Economiques et Sociales, 6) S. 162–166 und Peter Claus HARTMANN, *Französische Verfassungsgeschichte der Neuzeit (1450–1980)*. Ein Überblick, Darmstadt 1985 (Grundzüge, 61) S. 75–82. Zum entstehenden politischen Parteienwe-

such, gegenüber den Revolutionen in Spanien und Italien einen eigenen außenpolitischen Standort zu finden, die französischen Regierungen der Jahre 1820 bis 1823 zeitweise auf die Zerreißprobe. Zudem erwies sich in diesem Prozeß außenpolitischer Selbstfindung, wie gegenwärtig die Erinnerung an die *Grande Révolution* nicht nur im Ausland, sondern auch im eigenen Land bei Befürwortern wie Gegnern noch war und wie schwierig es war, diese »beiden Frankreich« miteinander zu versöhnen.

Im Hinblick auf die spanischen Ereignisse verhielten sich die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Österreichs und Preußens zunächst abwartend: Trotz aller Empörung über diesen Verstoß gegen das »monarchische Prinzip« herrschte noch das Gefühl vor, daß die neue spanische Führung moderat sei. Auch hegte man die Hoffnung, daß sich die Revolution auf der abgeschiedenen iberischen Halbinsel dank erfolgreicher innerer Abwehr schließlich selbst verzehren werde. Jede auswärtige Einmischung mußte die Lage aufgrund des spanischen Nationalstolzes hingegen nur verschlimmern, zumal wenn sie auf eine gewaltsame Wiedereinsetzung des spanischen Königs Ferdinands VII. in seine absolutistische Herrschaft abzielte, wie der russische Zar zunächst beabsichtigte, bis auch er sich der Meinung der übrigen Großmächte anschloß³⁶. Hingegen betraf die Revolution im Königreich Neapel-Sizilien die Pentarchie unmittelbar. Sie alarmierte zunächst die Österreicher, die sich als italienische Vor- und Ordnungsmacht herausgefordert fühlten und eine Revolutionierung der gesamten Apenninen-Halbinsel befürchteten. Daher waren sie zur raschen Niederschlagung der Unruhen bereit, was wiederum auch die übrigen Großmächte auf den Plan rief. Hierbei ergab sich schnell ein diametraler Gegensatz zwischen Großbritannien und Rußland³⁷: Jenes war unter dem Einfluß Castle-reaghs zur stillschweigenden Duldung einer einmaligen Polizeiaktion Österreichs bereit, die nicht durch eine entsprechende Grundsatzklärung aller Großmächte ideologisch überhöht wurde und die britische Regierung peinlichen Fragen im Parlament aussetzte. Alexander I. hingegen trat erneut für eine abgestimmte Intervention der Pentarchie ein, die sowohl deren Solidarität als auch ihren grundsätzlichen Anspruch auf eine Intervention zugunsten bedrohter Monarchen in anderen Ländern demonstrierte. Hierin traf er sich mit den französischen Überlegungen: Nach Bekanntwerden der neapolitanischen Ereignisse traten Richelieu und der französische Außenminister Etienne-Denis de Pasquier für eine Abstimmung der Großmächte entsprechend jenem Krisenmechanismus ein, den man 1815 mit dem »Vier-

sen vgl. Rudolf von ALBERTINI, Parteiorganisation und Parteibegriff in Frankreich 1789–1940. In: HZ 193 (1961) S. 529–600 (S. 547–557) und TULARD (wie Anm. 22) S. 315–327. Zur Entwicklung der französischen Presse der Zeit Claude BELLANGER u.a (Hg.), *Histoire générale de la presse française*, Bd. 2: De 1815 à 1871, Paris 1969, S. 79–90.

36 Zur Reaktion der Großmächte auf die spanische Revolution vgl. SCHROEDER, *Transformation* (wie Anm. 24) S. 608; speziell zur französischen Haltung Pasquiers vertrauliches Memorandum vom Juli 1820 (AD. Ambassade de Berlin. Série A. 10: 1818–1822, S. 287r-298v) und NICHOLS (wie Anm. 24) S. 27–34.

37 Charles K. WEBSTER, *The Foreign Policy of Castlereagh 1815–1822. Britain and the European Alliance*, London 1963, S. 259–276.

bund« in Wien geschaffen und 1818 in Aachen unter Einbeziehung Frankreichs bestätigt hatte³⁸.

Die französische Forderung nach einem von allen Großmächten sanktionierten Mandat für Österreich sollte verhindern, daß die Habsburgermonarchie eine Intervention zum Ausbau ihrer Vormachtstellung in Italien nutzte. Dies hätte nicht nur Frankreichs machtpolitischen Einfluß in diesem Gebiet noch weiter eingeschränkt, als es aufgrund der Entscheidungen des Wiener Kongresses ohnehin schon der Fall war, sondern auch innenpolitische Kritik der französischen Liberalen provoziert, die in den letzten Jahren zunehmend an politischer Bedeutung gewonnen hatten³⁹. Sicherte sich Frankreich ein Mitspracherecht bei der österreichischen Intervention in Neapel, bot sich ihm vielleicht sogar noch die Möglichkeit einer Mittlerrolle: Eine »Befreiung« Ferdinands VII. bei gleichzeitiger Anregung eines einmaligen Gnädenerweises in Form einer Verfassung, die das monarchische Prinzip unangetastet ließ, hätte die französische Regierung sowohl für die Ultra-Royalisten, welche die Wiedereinsetzung des Königs in seine Rechte verlangte, als auch für die Liberalen, die eine Unterstützung der Aufstandsbewegung forderten, unangreifbar gemacht und zudem ihrer gemeinsamen Forderung nach französischer »Größe« Rechnung getragen⁴⁰. Schließlich entsprach eine solche Politik der Position Ludwigs XVIII. als Chef der Bourbonen, der einem bedrohten Verwandten Hilfe schuldete, wie als derjenige Monarch, der seinem Volk mit der *Charte constitutionnelle* von 1814 als erster eine Verfassung gewährt hatte. Trotz aller innen- und außenpolitischen Belastungen fühlten König und Regierung sich den übrigen Großmächten doch insofern überlegen, als sie die Zeichen der Zeit richtig erkannt zu haben glaubten: »(L)e Gouv^t Français considerait l'époque actuelle comme le passage d'un ère à un autre ère, d'un ordre d'idées à un autre ordre d'idées, d'une forme de Gouv^t à un autre forme de Gouv^t: il pensait que la tranquillité ne serait assurée en Europe que quand ce grand changement serait consommé: que le devoir des Gouv^{ts} était d'en rendre la transition aussi douce aussi insensible que possible en la faisant dériver du principe de Légimité«⁴¹.

Da die französische Regierung die Zustimmung Rußlands für ihren Kongreßvorschlag gewann, mußte der widerstrebende Metternich schließlich zu einem Treffen nach Troppau vom 23. 10. bis 8. 12. 1820 einladen⁴². Indes zeigte sich im Falle Frankreichs rasch, wie schwer einer innenpolitisch schwachen Regierung starkes außenpolitisches Auftreten fallen mußte. Weil Großbritannien wegen seiner grundsätzli-

38 Richelieu an Metternich am 28. 7. 1820. In: Guillaume DE BERTIER DE SAUVIGNY (Hg.), *France and the European Alliance 1816–1821. The Private Correspondence between Metternich and Richelieu*, Notre Dame/Indiana 1958, S. 93 ff.; *Mémoire confidentiel*, Août 1820. AD. Ambassade de Berlin. Série A. 10, S. 314r–324v. Vgl. Guillaume DE BERTIER DE SAUVIGNY, *Metternich et la France après le Congrès de Vienne*, Bd. 2: *Les grands congrès – 1820/1824*, Paris 1970, S. 319 ff.

39 CHEVALLIER (wie Anm. 35) S. 172 ff.

40 Richelieu an La Ferronays und Caraman am 23. 11. 1820. In: BERTIER DE SAUVIGNY, *Metternich* (wie Anm. 38) S. 396.

41 *Congrès de Troppau et de Laybach*. AMAE. PA-AP Desages 52, S. 14v–234r (S. 35r).

42 Zum Verlauf vgl. STERN (wie Anm. 24) S. 118–141; BOURQUIN (wie Anm. 24) S. 269–293; SCHROEDER, *Diplomacy* (wie Anm. 24) S. 61–103; KISSINGER (wie Anm. 5) S. 465–504 und HEYDEMANN (wie Anm. 32) S. 90–103.

chen Vorbehalte gegen ein neues Treffen lediglich Beobachter nach Troppau schickte⁴³, glaubten sich Richelieu und Pasquier gezwungen, diesem Beispiel zu folgen, um nicht im eigenen Land in den Verdacht der Komplizenschaft mit den bekanntermaßen interventionsbereiten Ostmächten zu geraten und den Briten allein die Rolle eines liberalen Protektors in Italien zu überlassen⁴⁴. Die gleichzeitige Versicherung Richelieus, daß sein Land im Gegensatz zu Großbritannien weiterhin hinter der Allianz stehe⁴⁵, konnte kaum den schlechten Eindruck verhindern, den die eingeschränkte Präsenz Frankreichs auf einem von ihm gewünschten Kongreß hervorrief, zumal der Ministerpräsident selber wegen der Eröffnung der neuen Parliamentssession auch noch in Paris unabhkömmlich war und Frankreich daher nur durch seine Botschafter in St. Petersburg, Pierre de La Ferronays, und in Wien, Victor-Louis de Caraman, vertreten war. Dieser Vorbehalt verstärkte sich noch, als sich herausstellte, daß die beiden die französische Politik sehr verschieden darstellten. Ihre Instruktionen schrieben ihnen vor, eine einfache Restauration in Neapel abzulehnen und statt dessen die Vermittlung eines Verfassungskompromisses zwischen König Ferdinand I. und seinem Volk durch die Großmächte anzuregen⁴⁶. Bereits zu Beginn der Troppauer Gespräche erwies sich jedoch, daß La Ferronays und Caraman ihre Anweisungen höchst unterschiedlich umsetzten: Während jener am 26.10.1822 ein Memorandum vorlegte, das die Sonderstellung seines Landes betonte, sowie unter Hinweis auf die labile innerfranzösische Lage vor einem österreichischen Einmarsch in Neapel warnte, widersprach dieser und stimmte Metternichs Interventionsplan zu⁴⁷. Die Wirkung dieses Rollenspiels »war denkbar miserabel«⁴⁸: Metternich konnte darauf hinweisen, daß er »zwei Frankreich« sehe, was insofern zuträfe, als sich hier zwei verschiedene außenpolitische Konzepte ausdrückten. Doch dem österreichischen Außenminister ging es um mehr: Seine Bemerkung suggerierte, daß sich auch in der aktuellen Außenpolitik der Regierung Richelieu die bekannte innenpolitische Spaltung Frankreichs offenbarte – einerseits das traditionelle sozialkonservative und außenpolitisch berechenbare royalistische Lager, andererseits die revolutionäre Partei, die für inneren und äußeren Umsturz stand. Tatsächlich hatte La Ferronays die französische Sonderrolle allenfalls etwas überbetont – wie auch Richelieu später kritisierte⁴⁹ –, im Kern entsprach sie indes seinen Instruktionen, die wiederum auf der französischen Erfahrung von 1814/15 beruhten, derzufolge dosierte Reform maßloser Reaktion eindeutig vorzuziehen war: »Nous n'avons certes pas envie d'aller semant partout des constitutions et des révolutions. Nous souhaitons des constitutions quand elles sont nécessaires pour prévenir ou calmer les révolutions, nous en voulons une à Naples, et c'est vouloir jeter de

43 WEBSTER (wie Anm. 37) S. 276–282.

44 Pasquier an Decazes am 25.9.1820. In: BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 353. Vgl. SCHROEDER, Diplomacy (wie Anm. 24) S. 56 f.

45 Richelieu an Metternich im Dezember 1820. In: BERTIER DE SAUVIGNY, France (wie Anm. 38) S. 111 f. Vgl. BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 354.

46 Duc d'AUDRIFFET-PASQUIER (Hg.), Mémoires du Chancelier Pasquier, Teil 2, Bd. 5, Paris 1894, S. 15 f. Vgl. BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 361 f.

47 LÉON DE CROUSAZ-CRÉTET, Le Duc de Richelieu en Russie et en France 1766–1822, Paris 1897, S. 402 f.

48 KISSINGER (wie Anm. 5) S. 500.

49 CROUSAZ-CRÉTET (wie Anm. 47) S. 403.

l'eau sur le feu«⁵⁰. Zudem trug dieser außenpolitische Kurs dem labilen inneren Gleichgewicht des Landes Rechnung. Entscheidend war, daß sich Frankreich im Gegensatz zu Großbritannien nicht gegen ein gemeinsames Vorgehen der Großmächte wandte und damit das gerade etablierte Europäische Konzert eher stärken als schwächen wollte. Dennoch diskreditierte es sich in Troppau weit mehr als Großbritannien: »Les Puissances sont disposées à reconnaître dans l'isolement de l'Angleterre une suite nécessaire de ses complications intérieures, tandis que l'isolement de la France apparaîtrait comme une décision de son gouvernement de rompre l'Alliance et mériterait de faire considérer la France comme digne d'une surveillance militaire«⁵¹. Das war sicher auch Metternichs Werk:

Dem österreichischen Außenminister war weiterhin an der Zusammenarbeit mit Großbritannien, namentlich mit Castlereagh, gelegen. Daher vermied er, dessen Abstinenz in Troppau deutlich zu kritisieren, zumal er wußte, daß die britische Regierung die aktuellen Ziele einer österreichischen Intervention in Italien durchaus guthieß. Überdies bot sich das Feindbild Frankreich und jene Fiktion eines »comité directeur révolutionnaire« in Paris, die Metternich gerne beschwor, als geeignetes Mittel an, die übrigen Großmächte auf österreichischen Kurs zu bringen, vor allem Alexander I., der sich in den letzten Jahren wiederholt als Protektor Frankreichs betätigt und vor dem Troppauer Kongreß den französischen Vorstellungen hinsichtlich konstitutioneller Reformen in Neapel und einer Vermittlung der Großmächte angehangen hatte⁵². Gegen Ende der Beratungen war der Zar indes hinlänglich davon überzeugt, daß eine revolutionäre Bewegung ganz Europa bedrohe, man ihr gegenüber keine Kompromisse machen dürfe und die französische Regierung labil sei, ja weite politische Kreise in Frankreich sogar einen Umsturz planten. Doch Metternichs Diskreditierung wäre nicht so erfolgreich gewesen, hätte er nicht latente Vorbehalte gegen Frankreich, die aus der Zeit der Revolution herrührten, ansprechen können und hätte sich die Regierung Richelieu wegen ihrer innenpolitischen Probleme nicht gezwungen gesehen, eine Sonderstellung in der Pentarchie einzunehmen, die sich sowohl vom Interventionismus Österreichs, Rußlands und Preußens unterschied als auch von der ambivalenten Haltung Großbritanniens, das ein allgemeines Eingriffsrecht der Großmächte leugnete, allerdings bereit war, von Fall zu Fall wohlwollende Neutralität zu üben.

Am 19. November einigten sich lediglich die drei Ostmächte auf ein Protokoll, das den österreichischen Einsatz in Italien mit einem grundsätzlichen Interventionsrecht zugunsten des »monarchischen Prinzips« begründete⁵³. Aufgrund ihrer

50 Pasquier an La Ferronnays am 23. 11. 1820. Zit. n. BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 395.

51 Nesselrode an Pozzo di Borgo am 9. 11. 1820. Zit. n. Aleksandr A. POLOVTSOV (Hg.), *Correspondance diplomatique des ambassadeurs et ministres de Russie en France et de France en Russie avec leurs gouvernements de 1814 à 1830*, Bd. 3, St. Petersburg 1907, S. 497 f.

52 BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 503. Wie erfolgreich Metternichs Propaganda auch in Preußen war, belegen die Briefe Chateaubriands an Pasquier vom 20. 2. 1821 (In: Louis THOMAS (Hg.), *Correspondance générale de Chateaubriand*, Bd. 2, Paris 1912, S. 161–166), 10. 3. 1821 (ebd., S. 190 ff.) und 24. 3. 1821 (ebd., S. 207–210).

53 BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 405–408; ebd., S. 413 ff. das Protokoll. Vgl. SCHROEDER, *Transformation* (wie Anm. 24) S. 610 f.

innenpolitischen Lage konnten weder die Briten noch die Franzosen dieser »umfassende[n] antirevolutionäre[n] Interventionspolitik«⁵⁴ zustimmen, wobei die französische Regierung wieder glaubte, dem britischen Vorbild folgen zu müssen: Erneut drohte Großbritannien, sie in den Augen der liberalen Öffentlichkeit an die Wand zu spielen, und die Billigung eines formellen Einmischungsrechts der Pentarchie – oder zumindest einer neuen »Quadrupelallianz« ihrer interventionsbereiten Mitglieder – hätte zudem einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen für die spanische Revolution. Allerdings vermied die französische Regierung einen förmlichen Protest wie die Briten und belegte damit erneut ihr ungleich größeres Interesse an einer Einheit der Großmächte⁵⁵. Letztlich isolierte sie sich aber nun vollends: Mit ihrer Weigerung, das *Protocole préliminaire* zu unterzeichnen, verprellte sie die interventionsbereiten Ostmächte, während sie sich durch ihre Unterstützung einer Einladung Ferdinands I. gleichzeitig Großbritannien entfremdete, das auch dies als eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates ablehnte⁵⁶. Die französische Regierung verband hingegen mit diesem Schritt kurzzeitig erneut die Hoffnung auf eine Mittlerrolle, da der Monarch vor seiner Abreise noch schwor, die ihm oktroyierte Verfassung zu verteidigen. Die Instruktionen Richelieus und Pasquiers für den französischen Gesandten in Neapel, Casimir de Blacas – der Ferdinand I. zum neuen Konferenzort Laibach begleitete –, vom 9.1.1822 sahen zwar erstmals vor, daß die französischen Bevollmächtigten eine österreichische Intervention billigen durften, sofern alle Vermittlungsbemühungen gescheitert waren und die italienischen Staaten ebenfalls zustimmten⁵⁷. Doch zunächst sollten sie sich weiterhin um eine friedliche Lösung bemühen, zumal Pasquier Blacas in einer gesonderten Mitteilung auf die Gefahren hinwies, die gerade Frankreich aus »une guerre dont les opinions politiques seraient le prétexte« erwachsen⁵⁸: Die französische Armee sei solchen Einsätzen noch nicht gewachsen, da sie in Italien, aber auch in Spanien und Deutschland gegen ehemalige Waffenbrüder kämpfen müßte. Das sofortige Einschwenken Ferdinands I. auf Metternichs Kriegskurs machte die französische Hoffnung auf eine Vermittlungslösung allerdings rasch obsolet. Letztlich mußten sich König Ludwig XVIII. und seine Regierung gegen die Kritik der Liberalen in Frankreich, aber gedrängt durch die eigenen Ultra-Royalisten – die bei den Wahlen im November 1820 einen großen Sieg errungen hatten und nun zwei Minister stellten⁵⁹ – zur Billigung der österreichischen Intervention in Italien entschließen, um die völlige Isolation sowie einen ausschließlichen Einfluß Österreichs auf der Halbinsel zu vermeiden⁶⁰. Am Ende zeigten sie sich überwiegend über den

54 DOERING-MANTEUFFEL, *Deutsche Frage* (wie Anm. 24) S. 11.

55 WEBSTER (wie Anm. 37) S. 300–308. Erst im Februar 1821 sah sich Pasquier gezwungen, in einer Verbalnote gegen eine österreichische Erklärung zu protestieren, derzufolge sein Land letztlich dem Troppauer Protokoll zugestimmt habe (vgl. Pasquier an Chateaubriand am 24.2.1821 mit einer Kopie der Note. AD. Ambassade de Berlin. Série A. 10: 1818–1822, S. 369r–373r; PASQUIER (wie Anm. 46) S. 148–153 und BERTIER DE SAUVIGNY, *Metternich* (wie Anm. 38) S. 466–470.

56 KISSINGER (wie Anm. 5) S. 500.

57 PASQUIER (wie Anm. 46) S. 119 f.

58 Ebd., S. 121.

59 CHEVALLIER (wie Anm. 35) S. 174 f.; Guillaume de BERTIER DE SAUVIGNY, *La Restauration*, ND Paris 1990, S. 172 f.

60 PASQUIER (wie Anm. 46) S. 135 ff.; BERTIER DE SAUVIGNY, *Metternich* (wie Anm. 38) S. 417 ff.

raschen österreichischen Erfolg im Königreich Neapel-Sizilien ebenso erleichtert wie über die anschließende schnelle Niederschlagung der Revolte in Piemont, deren Ausbruch gerade in Frankreich große Beunruhigung ausgelöst hatte⁶¹.

Nach den Kongressen von Troppau und Laibach schmeichelte sich die französische Regierung, eine erfolgreiche Doppelstrategie betrieben zu haben, indem sie statt der von den Briten praktizierten Neutralität »un rôle *actif dans l'intérêt de la conciliation*: – séparée des principes et unie à l'action du congrès«⁶² praktiziert habe: Dadurch sei ein österreichischer Alleingang verhindert worden, der die italienische Unabhängigkeit sowie den europäischen Frieden bedroht hätte, und dem von Alexander I. gewünschten »établissement d'un nouveau droit public continental«⁶³ vorgebeugt worden. Tatsächlich erwies sich die französische Diplomatie in Troppau und Laibach als »un fiasco presque total«⁶⁴, weil ihr Versuch, eine eigenständige Politik zu verfolgen, scheiterte und sie sich aufgrund innen- und außenpolitischer Überlegungen nicht zu einer klaren Entscheidung für die interventionistische Haltung Rußlands, Österreichs und Preußens bzw. die isolationistische Position Großbritanniens durchgerungen hatte. Allen anderen Großmächten galt Frankreich daher als ein unsicherer Partner, dessen instabile Regierung die Ruhe Europas in ähnlichem Maße gefährdete, wie dies seine revolutionäre Opposition tat. Zeitweise mußten die Franzosen sogar fürchten, daß Alexander I. seine Truppen in Frankreich einmarschieren ließ, um auch dort die Verfassung zu beseitigen⁶⁵. Über die Frage, welche Konsequenzen aus dieser Situation zu ziehen seien, kam es zwischen Außenminister und Ministerpräsident zum offenen Dissens: Pasquier befürchtete, daß Frankreich zum Satelliten Österreichs wie Rußlands werde und begrüßte daher den sich abzeichnenden Zusammenbruch des Bündnisses der fünf europäischen Großmächte⁶⁶. Richelieu bezeichnete ein solches Kalkül hingegen als überholt – aus

61 Ebd., S. 483 ff.

62 Congrès de Troppau et de Laybach. AMAE. PA-AP Desages 52, S. 14v–234r (S. 229r) (Hervorhebung im Original).

63 Ebd., S. 229r. Vgl. a. PASQUIER (wie Anm. 46) S. 137.

64 BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 471. So richtig diese Einschätzung Bertier de Sauvignys sicher ist, so fraglich scheint, ob seine Überlegung ebd. zutrifft, die französische Regierung hätte selbst militärisch intervenieren müssen, um Frankreichs Großmachtstatus zu demonstrieren, seinen Einfluß in Italien zu vergrößern, folglich dem französischen Patriotismus zu schmeicheln und damit letztlich auch die innenpolitische Opposition zu konterkarieren. Tatsächlich zeigte die Spanien-Expedition sehr bald schon, daß selbst ein großer militärischer Erfolg zumindest keine Garantie für dauerhaften außenpolitischen Einfluß bot. Die Crux der französischen Diplomatie sowohl gegenüber Neapel als auch später in Spanien war, daß die betroffenen Herrscher – Ferdinand I. bzw. Ferdinand VII. – nicht zu den politischen Reformen bereit waren, welche die französische Regierung fördern wollte und deren Erfolg ihr zumindest in den betroffenen Ländern Einfluß gesichert hätte.

65 Révolution de Piemont, 1821. AMAE. PA-AP Desages 26: Italie 1796–1848, S. 44r–155v (S. 59v–63r).

66 BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 434 f. Pasquier hatte bereits in einem Memorandum vom August 1820 einmal die Möglichkeit eines isolierten französischen Vorgehens in Italien durchgespielt und die vermeintlich guten Chancen einer solchen Politik betont, auch wenn er sie zunächst noch zugunsten einer einvernehmlichen Haltung der Großmächte zurückzustellen bereit war (Mémoire confidentiel, Août 1820. AD. Ambassade de Berlin. Série A. 10: 1818–1822, S. 314r–324v [S. 321vf.])

außen- wie innenpolitischen Gründen sei Frankreich an der Wahrung der Solidarität der Pentarchie interessiert: »(L)'alliance des cinq puissances écartait toute cause de guerre, et sans lui donner l'extension que la Russie prétend qu'elle doit avoir, on doit cependant reconnaître que le lien qui unissait les grandes puissances décourageait les factieux de tous les pays«⁶⁷. Indes sah sich diese Politik, die vermied, kurzfristige Erfolge durch spektakuläre Alleingänge zu erzielen, und statt dessen auf eine Zusammenarbeit aller Großmächte setzte, die Europa dauerhaften Frieden und Frankreich langfristige Stabilität sicherte, gerade nach Troppau und Laibach scharfer innenpolitischer Kritik vor allem der Liberalen ausgesetzt: Diese warfen der Regierung vor, eine »politique timide et incertaine« zu betreiben und sich im Gegensatz zu Großbritannien dem Diktat der »Heiligen Allianz« zu fügen⁶⁸. Es gelang der französischen Regierung auch in den folgenden Monaten nicht, die sowohl auf der Linken als auch im rechten Lager verbreitete Ansicht zu widerlegen, sie passe sich international zu sehr an und verrate damit französische Interessen. Mitte Dezember 1821 mußte Richelieu schließlich zurücktreten, nachdem Liberale und Ultra-Royalisten sogar gemeinsam eine Adresse an den König durchgesetzt hatten, die davor warnte, Frankreichs Einvernehmen mit den übrigen Großmächten auf Kosten der französischen Ehre zu wahren⁶⁹.

Nachdem das italienische Problem gerade gelöst war, drängte die spanische Krise auf die europapolitische Agenda: Die französische Regierung sah sich hier noch stärker vor eine Entscheidung gestellt – schließlich war Spanien ein direkter Nachbar Frankreichs und Ludwig XVIII. als Chef des bourbonischen Hauses seit längerem Adressat verschiedener Hilferufe seines spanischen Vetters⁷⁰. Doch bis zum Spätsommer 1821 entzogen sich der König und Ministerpräsident Richelieu ihnen ebenso wie dem Drängen des russischen Zaren auf eine französische Intervention und hielten an jener strikten Neutralität fest, zu der man sich im Frühjahr 1820 entschlossen hatte. Dies erschien außenpolitisch weiterhin opportun; vor allem aber war es innenpolitisch geboten: Jede konservative Polizeiaktion entsprechend dem österreichischen Vorgehen in Italien konnte zwar auf den Beifall der Ultra-Royalisten zählen, vermochte diese aber auch weiter zu stärken, während man sich gleichzeitig der liberalen Kritik sicher sein konnte⁷¹. Auch vertraute die Regierung den eigenen Truppen nicht, und selbst wenn sich die Interventionsarmee nicht vom revolutionären Bazillus anstecken ließ, drohte den Soldaten doch zumindest ein neuer Partisanenkampf wie bereits einmal im spanischen Unabhängigkeitskampf gegen

67 BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 435.

68 So der liberale Abgeordnete Sébastiani in der Sitzung der Abgeordnetenversammlung vom 2. 3. 1821. In: AP, T. XXX: Du 12 Février 1821 Au 13 Avril 1821, Paris 1870, S. 249. Vgl. auch die Ausführungen der liberalen Abgeordneten Camille-Teisselre (ebd., S. 251 f.) und Bignon (ebd., S. 253) sowie Bastid (wie Anm. 34) S. 286 f.

69 Joseph DE VILLELE, Mémoires et Correspondance du Comte de Villèle, Bd. 2, Paris 1888, S. 487–499; CHEVALLIER (wie Anm. 35) S. 175 und BERTIER DE SAUVIGNY, Restauration (wie Anm. 59) S. 175 ff.

70 Ulrike SCHMIEDER, Preußen und der Kongreß von Verona. – Eine Studie zur Politik der Heiligen Allianz in der spanischen Frage, Diss. Phil. Leipzig 1992, S. 84 ff.

71 Charles R. HISCOCKS, Der Einfluß der innenpolitischen Lage Frankreichs auf seine Beziehungen zu den Großmächten 1815–1823. (Vom Zweiten Pariser Frieden bis zum Eingriff Frankreichs in Spanien), Dresden 1935, S. 82.

Napoleon zwischen 1808 und 1814. Die Regierung nahm allerdings den Ausbruch des Gelbfiebers in Spanien im August 1821 zum Anlaß, an der gemeinsamen Grenze einen »Gesundheitskordon« zu bilden. Gleichzeitig wurde Graf Augustin de La Garde als neuer französischer Botschafter mit dem Auftrag in die spanische Hauptstadt entsandt, ein Bündnis zwischen den Gemäßigten auf seiten der Royalisten wie der Aufständischen schmieden zu helfen und die Cortez von jeder Provokation Frankreichs abzuhalten, die zum Krieg zwischen beiden Ländern führen konnte⁷². Indes verschärfte sich die Lage zum einen, weil die spanische Revolution zwischen Ende Dezember 1821 und Februar 1822 eine Reihe von Aufständen französischer Carbonari in Belfort, Neuf-Brisach, Colmar, Saumur und La Rochelle hervorrief⁷³; zum anderen gewannen in Madrid in dem Maße Radikale die Oberhand, wie Royalisten mit Hilfe des Königs versuchten, die Revolution zu beseitigen. Im August wurde die bisherige gemäßigte Regierung schließlich durch ein radikales Kabinett abgelöst⁷⁴.

Trotz der Verschlechterung der französisch-spanischen Beziehungen hielt auch das seit Dezember 1821 amtierende ultra-royalistische Kabinett an der bisherigen defensiven Politik fest. Dem führenden Politiker der neuen Regierung, Finanzminister Joseph de Villèle – der im September 1822 auch Ministerpräsident wurde –, und mit ihm den gewerbe- und handeltreibenden Kreisen war die wirtschaftliche Stabilität des Landes wichtiger als eine Militäraktion ohne Not und mit völlig unsicherem Ausgang. Er strebte für Frankreich allenfalls erneut eine Vermittlerrolle zugunsten einer Einführung des französischen Verfassungsmodells an; einen Krieg billigte er nur für den Fall eines spanischen Angriffs, einer Verletzung der französischen Ehre oder eines Übergriffs auf die spanische Königsfamilie⁷⁵. Außenminister Mathieu de Montmorency allerdings war einer Militäraktion nicht abgeneigt, da er keine andere Möglichkeit für eine royalistische Restauration sah und er überdies eine Intervention der Ostmächte fürchtete, die zwangsläufig zum Durchmarsch fremder Truppen durch Frankreich führen mußte, was wiederum eine allgemeine Empörung im Land provoziert hätte⁷⁶. Entsprechend argumentierte er auf einer Konferenz der Großmächte in Wien vom 7. 9. bis 3. 10. 1822⁷⁷, vor allem aber auf dem anschließenden neuen Kongreß der europäischen Großmächte in Verona vom 20. 10. 1822 bis 14. 2. 1823⁷⁸. Frankreich entsandte hierzu wiederum mehrere Vertreter – geradezu »une sorte de grand conseil de cabinet«⁷⁹, dem neben Delegationsleiter Montmoren-

72 NICHOLS (wie Anm. 24) S. 29 f.

73 Ebd., S. 30; TULARD (wie Anm. 22) S. 328 f.

74 NICHOLS (wie Anm. 24) S. 30.

75 Villèle an La Garde am 6. 9. 1822. In: Marquis DE GABRIAC, Chateaubriand et la guerre d'Espagne. In: La Revue des Deux Mondes 143 (1897) S. 535–568 (S. 552 f.)

76 Montmorency an La Garde am 29. 7. 1822. In: Ebd., S. 550 f. (S. 551); PASQUIER (wie Anm. 46) S. 305 f.; HISCOCKS (wie Anm. 71) S. 82; NICHOLS (wie Anm. 24) S. 25 ff.

77 Zu dieser Konferenz vgl. NICHOLS (wie Anm. 24) S. 40–62.

78 Zu den unterschiedlichen Ausgangspositionen der verschiedenen Großmächte in Verona vgl. SCHMIEDER (wie Anm. 70) S. 96 ff. (Großbritannien), S. 98 ff. (Frankreich), S. 100 (Rußland) und S. 100 ff. (Österreich). Zum Verlauf des Kongresses ebd., S. 111–131; SCHROEDER, Diplomacy (wie Anm. 24) S. 195–236 und NICHOLS (wie Anm. 24) S. 65–274 (zur Erörterung der Spanien-Frage S. 84–136).

79 PASQUIER (wie Anm. 46) S. 444.

cy erneut La Ferronays und Caraman sowie erstmals der französische Botschafter in Berlin, François-René de Chateaubriand – ein Vertrauter Villèles –, angehörten. In seinen Instruktionen hatte Villèle den Außenminister und die übrigen Delegierten davor gewarnt, als »rapporteurs des affaires d'Espagne« aufzutreten⁸⁰; vielmehr müsse ihr Grundsatz sein »que la France étant la seule puissance qui doive agir par ses troupes, elle sera seule juge de cette nécessité«⁸¹. Daher sollten sie sich nur um eine grundsätzliche Unterstützung der übrigen Großmächte für den – möglichst zu vermeidenden – Fall eines Krieges mit Spanien sowie eine Übereinkunft über eine eventuelle Anerkennung der spanischen Kolonien bemühen. Dahinter steckte die Sorge Villèles vor einem Konflikt mit Großbritannien im Falle einer etwaigen französischen Intervention in Spanien, denn die Briten konnten hierdurch ihre Handelsinteressen gefährdet sehen. Auch hegte er den Verdacht, Großbritannien werde aus den Unabhängigkeitsbestrebungen der spanischen Kolonien einseitig wirtschaftlichen Profit ziehen. Dennoch erklärte Montmorency bereits auf der ersten Sitzung des Kongresses einen Krieg mit Spanien »comme possible, peut-être comme probable«⁸² und forderte die Vertreter der übrigen Großmächte auf zu erklären, ob sie bei einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Spanien ihre Gesandten ebenfalls aus Madrid abzögen sowie sein Land in einem Krieg moralisch und materiell unterstützten⁸³. Die folgenden Diskussionen über die Opportunität einer französischen Intervention und den Umfang der alliierten Unterstützung erwiesen, wie leicht Frankreich nun Gefahr lief, die eigene Handlungsfreiheit zu verlieren. Denn Russen, Österreicher und Preußen stimmten darin überein, daß Frankreich sich im Falle eines Krieges »comme un agent de la grande alliance« betrachten müßte, da diese Intervention »entièrement Européenne« wäre⁸⁴. Am 30.10.1822 erhielt Montmorency schließlich die gewünschten Antworten: Während der britische Delegierte die französische Interventionsbereitschaft scharf kritisierte und ihr jegliche Unterstützung verweigerte, stellten der russische und der österreichische sowohl moralische als auch materielle Hilfe uneingeschränkt in Aussicht; der preußische Vertreter beschränkte sich zunächst auf eine Zusage ideeller Unterstützung⁸⁵. Anfang November einigten sich Rußland, Österreich, Preußen und Frankreich schließlich auch auf die Forderung nach einer Freilassung Ferdinands VII. und die Wiedereinsetzung des Königs in seine vollen Rechte, eine entsprechende Mitteilung an die spanische Regierung in Form von getrennten Noten ähnlichen Inhalts, und einen eventuell folgenden Abzug ihrer Botschafter aus Madrid⁸⁶. Ein am 19.11.1822 unterzeichnetes Schlußprotokoll definierte den *Casus foederis* und ermöglichte Frankreich faktisch, beinahe jeden Zwischenfall zum Anlaß einer Kriegserklärung an Spanien zu machen⁸⁷.

80 Zit. n. François-René DE CHATEAUBRIAND, *Congrès de Vérone. Guerre d'Espagne. Négociations: Colonies espagnoles*, Leipzig 1838, S. 70 ff. (S. 70).

81 Zit. n. ebd. Vgl. VILLÈLE (wie Anm. 69), Bd. 3, S. 35–38 und BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 616 f.

82 Zit. n. CHATEAUBRIAND (wie Anm. 80) S. 73.

83 BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 633 f.

84 *Congrès de Vérone. Mémoire de Boisecomte, 1821–1822*. AMAE. PA-AP Desages 53, S. 107.

85 CHATEAUBRIAND (wie Anm. 80) S. 81 ff.; BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 638.

86 Ebd., S. 640; NICHOLS (wie Anm. 24) S. 104 f. und SCHMIEDER (wie Anm. 70) S. 116.

87 Das Protokoll ist abgedruckt in BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 661.

Montmorency hatte sich in Verona zwar zumindest formal der grundsätzlichen Zustimmung immerhin der drei Ostmächte für eine französische Spanien-Expedition versichert, doch blieb fraglich, ob seine Regierung ihm dies dankte. Gegenüber den Vertretern der übrigen Mächte mußte er einräumen, daß er zwar die verabredete scharfe Instruktion für den französischen Botschafter entwerfen werde, doch nicht sicher sei, ob seine Regierung sie wirklich abschicke⁸⁸. Am 8.11.1822 hatte La Ferronnays eine Konferenz der französischen Delegation erzwungen, auf der er und Chateaubriand sich für, Caraman gegen einen Krieg ausgesprochen hatten⁸⁹. Obwohl Montmorency erneut einer klaren Stellungnahme auswich, weil er einen Dissens mit Villèle vermeiden wollte, konnte an seiner Kriegsbereitschaft kein Zweifel bestehen. Allerdings unterschieden sich La Ferronnays und Chateaubriand insofern von ihm, als sie – wie der Ministerpräsident – die Unabhängigkeit ihres Landes gewahrt wissen wollten, weil sie sich von einer Intervention – die Villèle wiederum eher ablehnte – in französischer Eigenregie einen erheblichen Prestigegewinn für ihr Land versprachen⁹⁰. Die innerfranzösischen Differenzen verunsicherten die Vertreter der übrigen Großmächte. Metternich nutzte sie erneut, um den Zaren die Unberechenbarkeit Frankreichs vor Augen zu führen und seine These zu belegen, eine stärkere materielle Unterstützung der spanischen Royalisten sei sinnvoller als eine französische Intervention, die leicht scheitern und eine neue Revolution in Frankreich mit allen ihren verhängnisvollen Folgen für ganz Europa auslösen könne. Von der Behandlung der italienischen Fragen wurden die französischen Delegierten auf Betreiben des österreichischen Staatskanzlers in Verona sogar ausgeschlossen⁹¹.

Die Irritationen der übrigen Mächte mehrten sich noch, nachdem bekannt wurde, daß man das Ergebnis des Kongresses in Paris mit gemischten Gefühlen aufnahm, ja zwischen Montmorency und Villèle hierüber sogar ein offener Konflikt ausbrach. Dieser nahm erneut Züge eines Grundsatzstreits über Frankreichs Stellung in der Pentarchie an, wie dies bereits einmal im Jahr zuvor zwischen Richelieu und Pasquier geschehen war. Allerdings vertrat nun der Regierungschef eine isolationistische Position, während der Außenminister sich emphatisch zur »union morale et politique des grandes puissances conservatrices de l'Europe«⁹² bekannte und die Notwendigkeit von Kompromissen hervorhob⁹³. Villèle hielt dennoch die parallele Übersendung einer Instruktion an den französischen Botschafter in Madrid, die zudem ähnlich scharf ausfiel wie die bereits vorliegenden Noten der Ostmächte, für unzweckmäßig, da sie zum Bruch mit Spanien, wohl sogar zum Krieg führte: Hierfür schien ihm Frankreich nur ungenügend gerüstet, zudem schadete ein Militärcoup der französischen Wirtschaft, während allein Großbritannien und eventuell

88 Congrès de Vérone. Mémoire de Boisecomte, 1821–1822. AMAE. PA-AP Desages 53, S. 138r.

89 Ebd., S. 145r. Vgl. PASQUIER (wie Anm. 46) S. 458 ff. und NICHOLS (wie Anm. 24) S. 107 ff.

90 SCHROEDER, Transformation (wie Anm. 24) S. 624 f. Vgl. die von La Ferronnays angeregte ausführliche Darlegung der Argumente, die für bzw. gegen einen Krieg mit Spanien sprachen, in: Congrès de Vérone. Mémoire de Boisecomte, 1821–1822. AMAE. PA-AP Desages 53, S. 152v.

91 Ebd., 163rf. Zu den entsprechenden Verhandlungen vgl. NICHOLS (wie Anm. 24) S. 191–217 und Alan REINERMAN, Metternich, Italy and the Congress of Verona, 1821–22. In: *The Historical Journal* 14 (1971) S. 263–287.

92 Montmorency an Metternich am 13.1.1823. Zit. n. BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 691–694 (S. 693).

93 Montmorency an Villèle am 12.11.1822. AMAE. Mémoires et Documents (MD) France 721.

die auf eine Niederlage und einen anschließenden Umsturz hoffenden Radikalen im eigenen Land von einer solchen Entwicklung profitierten⁹⁴. Am 25.12.1822 überstimmten ihn in dieser Frage auf einer Kabinettsitzung zwar alle Minister, doch setzte sich der Regierungschef dank der Unterstützung des anwesenden Königs noch einmal durch⁹⁵.

Das Votum vom 25. Dezember sollte für Villèle einem »Pyrrhussieg«⁹⁶ gleichkommen, denn der im starken ultra-royalistischen Lager angesehene Montmorency erklärte daraufhin zwar seinen Rücktritt, doch sein Nachfolger wurde drei Tage später Chateaubriand, der nicht weniger auf einen Krieg hinarbeitete als sein Vorgänger. Er hatte bereits die österreichische Intervention in Italien 1821 gutgeheißen⁹⁷ und Villèle während des Kongresses von Verona wiederholt auf die »occasion, peut-être unique, de replacer la France au rang des puissances militaires, de rehabiliter la cocarde blanche dans une guerre courte, presque sans danger«⁹⁸ hingewiesen. Indes hatte er sich immer gehütet, den Regierungschef zu stark zu drängen, und ihm suggeriert, letztlich vor allem sein loyaler Parteigänger zu sein⁹⁹. Dieser Umstand und die Tatsache, daß Chateaubriand sowohl Ansehen im Ausland – vor allem beim Zaren –, als auch in Frankreich selber – weit über das eigene ultra-royalistische Lager hinaus – besaß, bewogen den Ministerpräsidenten, ihn zu berufen. In dem außenpolitischen Prinzipienkonflikt, der sich zwischen Villèle und Montmorency in der Frage ergeben hatte, ob die französische Regierung sich auch einmal der Allianz unterordnen müsse, stand Chateaubriand dem Regierungschef nahe: »Je veux la guerre en dehors de l'Europe coalisée et par la seule volonté de la France«¹⁰⁰. Ein erfolgreiches militärisches Unternehmen sollte Frankreich endlich den »Alptraum«¹⁰¹ von Revolution und Niederlage vergessen machen und das Land um die Bourbonen einen. In seiner späteren Darstellung der Ereignisse hat er die französische Intervention als »seinen Krieg« dargestellt, den er zielstrebig herbeigeführt habe¹⁰². Tatsächlich waren die Voraussetzungen Anfang 1823 aber auch äußerst günstig für eine solche Politik: Bereits in den Jahren 1821/22 hatte in der französischen Innenpolitik ein deutlicher Rechtsruck stattgefunden, der Ausdruck einer um sich greifenden Angst vor anarchistischer Bedrohung und sozialen Unruhen war¹⁰³. Gleichzeitig fühlten sich die Ultra-Royalisten durch die österreichischen Erfolge in Italien ermutigt. Zudem hatte sich die Lage in Spanien 1822 immer mehr zugespitzt, so daß die Regierung den Cordon Sanitaire nach dem Abklingen des Gelbfiebers in ein Beobachtungsheer umgewandelt und weiter verstärkt

94 BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 674.

95 VILLÈLE (wie Anm. 69) Bd. 2, S. 274 ff.; BERTIER DE SAUVIGNY, Restauration (wie Anm. 59) S. 188 f.

96 Ebd., S. 188.

97 Vgl. Chateaubriands Schreiben an Villèle vom 27.1.1821 (in: THOMAS (wie Anm. 52) S. 122–127) und 20.2.1821 (ebd., S. 158).

98 Chateaubriand an Villèle am 31.10.1822. Zit. n. CHATEAUBRIAND (wie Anm. 80) S. 98 f.

99 Ebd., S. 170. Vgl. Chateaubriand an Villèle am 19.11.1822. In: VILLÈLE (wie Anm. 69) Bd. 3, S. 230 f. und CHATEAUBRIAND (wie Anm. 80) S. 122.

100 Zit. n. Jean-Guillaume HYDE DE NEUVILLE, Mémoires et Souvenirs, Bd. 2, Paris 1880, S. 45.

101 CHATEAUBRIAND (wie Anm. 80) S. 69.

102 Ebd., S. 50 f. Vgl. NICHOLS (wie Anm. 24) S. 302.

103 BASTID (wie Anm. 35) S. 102 f.

hatte¹⁰⁴. Angesichts dieser Situation isolierte sich Villèle zunehmend mit seiner Politik eines »système d'expectative et de préparatifs«¹⁰⁵, die einerseits half, den Krieg vorzubereiten, ihn andererseits aber nicht wagen wollte: In der Abgeordnetenkammer sah er sich einer »opposition furieuse«¹⁰⁶ von links und rechts gegenüber – vor allem seines eigenen ultra-royalistischen Lagers, wo einige bereits seine Ablösung planten¹⁰⁷. Fünf Sechstel der Kammer gehörten mittlerweile zur Kriegspartei, während es im Jahr zuvor nur ein Fünftel gewesen war¹⁰⁸: Die französischen Royalisten und die Klerikalen betrachteten den Krieg nicht nur als einen legitimen Kreuzzug gegen die Revolution, sondern auch als eine günstige Gelegenheit, den Thron durch militärischen Ruhm zu festigen. Hinzu traten antibritische Ressentiments und der Eindruck, eine französische Intervention in Spanien schade England. Auch hatten etliche Ultra-Royalisten Anleihen einer königlichen Regentschaft gezeichnet, die sich im spanischen Gebirgsort Seo de Urgel gebildet hatte, und daher bei einem Sieg hohe Gewinne zu erwarten¹⁰⁹. Außer dem »Journal des Débats« unterstützte den Regierungschef keines der ultra-royalistischen Presseorgane¹¹⁰. Selbst einige Linksradikale befürworteten einen Krieg, weil sie auf eine Niederlage sowie einen anschließenden Sturz der Bourbonen hofften.

Wollte Villèle im Amt bleiben, mußte er ebenfalls auf den Kriegskurs einschwenken, um sich so zumindest die Unterstützung der Konservativen im eigenen Land zu sichern. Daher brach Frankreich im Januar 1823 – kurz nach den Ostmächten – die diplomatischen Beziehungen zu Spanien ab¹¹¹, und am 28. Januar kündigte Ludwig XVIII. in einer Thronrede einen französischen Einmarsch an, sollte Ferdinand VII. nicht seine volle Handlungsfreiheit zurückerhalten¹¹². Trotz scharfer Kritik der liberalen Opposition, für die Frankreich zum »Instrument«¹¹³ der Autokratien von St. Petersburg und Wien geworden war und der eine Intervention ebenso unnötig wie gefährlich anmutete, wurde sie in der Pairskammer mit 99 gegen 28 Stimmen bei 16 Enthaltungen¹¹⁴ und im Parlament mit 202 gegen 93 Stimmen¹¹⁵ angenommen. Noch war indes offen, ob Frankreich wirklich militärisch intervenierte und inwiefern die übrigen Alliierten an dieser Entscheidung beteiligt würden. Besonders Metternich mißtraute mittlerweile den Motiven der französischen Regierung und fürchtete einen Alleingang Frankreichs, der eventuell zu einem Handel mit den spanischen Revolutionären führte, erst recht nachdem Chateaubriand in einer Rede vor

104 NICHOLS (wie Anm. 24) S. 33. Vgl. Congrès de Vérone. Mémoire de Boisilecomte, 1821–1822. AMAE. PA-AP Desages 53, S. 190ff.

105 VILLÈLE (wie Anm. 69) Bd. 3, S. 56.

106 Claude DE BARANTE (Hg.), Souvenirs du Baron de Barante, Bd. 3, Paris 1893, S. 65.

107 August Ludwig VON ROCHAU, Geschichte Frankreichs vom Sturze Napoleons bis zur Wiederherstellung des Kaiserthums. 1814–1852, Leipzig 1858, S. 124.

108 NICHOLS (wie Anm. 24) S. 310.

109 ROCHAU (wie Anm. 107) S. 123.

110 PASQUIER (wie Anm. 46) S. 443 ff.

111 SCHMIEDER (wie Anm. 70) S. 125 ff.

112 AP, T. XXXVIII: Du 1er Août 1822 Au 22 Mars 1823, Paris 1878, S. 245.

113 Sébastiani am 8.2.1823 in der Abgeordnetenkammer. In: Ebd., S. 294. Zur Adreßdebatte in der Pairskammer vgl. ebd., S. 263 ff.; zur Debatte in der Abgeordnetenkammer ebd., S. 279 ff. und PASQUIER (wie Anm. 46) S. 484 f.

114 AP, T. XXXVIII (wie Anm. 112) S. 272.

115 Ebd., S. 300.

der Pairskammer am 28.1.1823 bzw. in der Abgeordnetenkammer am 25. Februar offen an den militärischen Chauvinismus der Abgeordneten appelliert und hervorgehoben hatte, daß Frankreich weder im Auftrag der übrigen Großmächte handle, noch den Spaniern politische Institutionen aufzwingen, sondern König und Volk ihre Handlungsfreiheit wiedergeben werde¹¹⁶. Hingegen befürchtete der Außenminister nur, daß eine zu starke Betonung französischer Solidarität mit den Ostmächten die britische Regierung provozierte. Auch versuchte seine Argumentation, der geplanten Intervention, die sowohl kostspielig als auch – nach den Erfahrungen der Napoleonischen Kriege – riskant werden konnte, eine breite Zustimmung im konstitutionellen Frankreich zu sichern: »Avec la liberté de la presse et avec la Tribune, il faut que le gouvernement rende raison de tout ce qu'il fait; et quand il fait marcher des bataillons, et quand il demande à La Chambre des députés des sommes considérables, il ne peut dire qu'il s'agisse simplement de mettre quelques révoltes à la raison«¹¹⁷. Die Demonstration französischer Unabhängigkeit schien um so angebrachter, als gerade die Diskussion um die Kriegskredite bewies, ein welcher starker historischer Bezugspunkt »1789« noch für die Abgeordneten war, wie tief der Stachel der Niederlage von 1814/15 saß und wie sehr sich in den politischen Debatten der Gegenwart das einstige Ringen zwischen Revolution und Konterrevolution niederschlug. Augenfällig wurde dieser Befund durch den Eklat, den jeweils eine Bemerkung Villèles in der Adreßdebatte vom 8.2.1823 bzw. des liberalen Abgeordneten Jacques-Antoine Manuels während der Beratungen über den Kriegskredit am 26. Februar auslöste: Der Regierungschef provozierte die Empörung vor allem der Liberalen durch seine unglückliche Feststellung, die Regierung habe nur die Wahl zwischen einer Bekämpfung der Revolution jenseits der Pyrenäen oder einer Verteidigung Frankreichs an der Nordgrenze. Dies drückte zwar lediglich die zutreffende Sorge vor einer erneuten Revolutionierung Frankreichs durch die spanischen Ereignisse und einen dann folgenden neuen Krieg mit den übrigen Großmächten aus, doch sahen jetzt einige ihren Verdacht bestätigt, Frankreich sei lediglich ein Werkzeug der Ostmächte¹¹⁸. Manuel wiederum konterte den gängigen Hinweis der Kriegsbefürworter auf die Notwendigkeit, hierdurch das Leben Ferdinands VII. zu schützen, mit der Bemerkung, Ludwig XVI. sei im Zuge einer ausländischen Intervention gerade zu Tode gekommen. Das klang wie eine Rechtfertigung des Königsmords von 1793 und trug dem Abgeordneten auf Druck der Ultra-Royalisten sogar den – verfassungswidrigen – Ausschluß aus der Kammer ein, obwohl er sich gegen die ihm unterstellte Interpretation entschieden verwahrte¹¹⁹.

Da Metternich wenig Verständnis für die Zwänge eines konstitutionellen Systems besaß, offenbarte das Vorgehen der französischen Regierung in den ersten Monaten des Jahres 1823 für ihn nur eine deutliche Distanzierung Frankreichs von den restaurativen Vorstellungen der Ostmächte, die in Spanien die Alleinherrschaft Ferdi-

116 Ebd., S. 271; PASQUIER (wie Anm. 46) S. 484f. und 488 f.; BERTIER DE SAUVIGNY, *Sainte Alliance* (wie Anm. 17) S. 255 ff.; DERS., *Metternich* (wie Anm. 38) S. 722.

117 Chateaubriand an Caraman am 11.3.1823. Zit. n. ebd., S. 724.

118 ROCHAU (wie Anm. 107) S. 124; PASQUIER (wie Anm. 46) S. 485 ff.; BERTIER DE SAUVIGNY, *Metternich* (wie Anm. 38) S. 714.

119 ROCHAU (wie Anm. 107) S. 124 f.; PASQUIER (wie Anm. 46) S. 489–495; BASTID (wie Anm. 35) S. 261 ff. und BERTIER DE SAUVIGNY, *Restauration* (wie Anm. 59) S. 189.

nands VII. wiederherstellen wollten. Vergeblich versuchte er, Rußland und Preußen, vor allem aber sich selber ein Mitspracherecht bei der endgültigen Entscheidung über einen Krieg bzw. die Kontrolle über das militärische Vorgehen der Franzosen zu sichern¹²⁰. Aber auch der Zar stellte La Ferronnays in einem Gespräch Ende März die bündnispolitische Gretchenfrage: »La France veut-elle agir seule«¹²¹? Und er warnte davor, aus der Intervention »une opération exclusivement française« zu machen¹²². Der britische Außenminister George Canning bemühte sich seinerseits darum, einen Konflikt noch zu verhindern, indem er die spanische Regierung zur Abschwächung der dem König oktroyierten Verfassung zu bewegen, gleichzeitig Frankreich durch kaum verhüllte Kriegsdrohungen von einer Intervention abzuschrecken versuchte. Doch wegen der andauernden spanischen Intransigenz und der Irritation, die Cannings Verhalten in Rußland wie Österreich hervorgerufen hatte, erklärte sich Großbritannien Ende März für neutral¹²³. Damit war der Weg frei: Am 7. 4. 1823 marschierten französische Truppen in Spanien ein; dank der Unterstützung der Königstreuen zogen sie bereits am 24. Mai in Madrid ein und konnten Anfang Oktober auch König Ferdinand VII. in Cadix befreien¹²⁴.

Der überzeugende Sieg der französischen Truppen war zweifellos ein großer Prestigegewinn für die französische Regierung, der sich vor allem innenpolitisch rasch auszahlte¹²⁵. Selbstverständlich beeindruckte der schnelle Erfolg der französischen Soldaten, die sich überdies – entgegen allen Befürchtungen – als völlig diszipliniert erwiesen hatten, auch die übrigen Großmächte¹²⁶. Doch gerade außenpolitisch erbrachte er keine langfristigen Gewinne: So errang Frankreich keinen dauerhaften Einfluß in Spanien, denn König Ferdinand VII. versuchte, möglichst rasch sein reaktionär-klerikales Herrschaftssystem zu restaurieren, und empfand schon bald nicht die Franzosen, die wiederholt auf Mäßigung und Reformen drängten, als seine Partner, sondern die autokratischen Ostmächte. Die spanischen Liberalen hingegen stützten sich fortan auf Großbritannien, das auch noch als erste europäische Großmacht im Alleingang die Unabhängigkeit der einstmals spanischen Kolonien in Südamerika anerkannte und den lukrativen Handel mit ihnen kontrollierte¹²⁷. Vor

120 BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 711–742; SCHROEDER, Transformation (wie Anm. 24) S. 626 f.

121 La Ferronnays an Chateaubriand am 24. 3. 1823. AMAE. CP Russie 164, S. 277r–300v (S. 287r).

122 Ebd.

123 Allerdings verlangten die Briten, daß Frankreich Spanien nicht andauernd besetze, die portugiesische Grenzen sowie die Unabhängigkeit des Landes achte und sich seine Intervention vom spanischen König nicht durch die Abtretung spanischer Kolonien honorieren lasse (vgl. BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 717 f. und DERS., Sainte-Alliance (wie Anm. 17) S. 233).

124 Geoffrey DE GRANDMAISON, L'expédition française d'Espagne en 1823, Paris 1928; BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 743–803 und DERS., Restauration (wie Anm. 59) S. 189 ff.

125 Zur unterschiedlichen Beurteilung der Ergebnisse der Expedition vgl. SCHROEDER, Transformation (wie Anm. 24) S. 627 f. Eine unmittelbare innenpolitische Folge war der überwältigende Regierungssieg in den vorgezogenen Neuwahlen zur Abgeordnetenversammlung Ende Februar/Anfang März 1824 (vgl. BASTID (wie Anm. 35) S. 105 und TULARD (wie Anm. 22) S. 332).

126 Richard HOLROYD, The Bourbon Army, 1815–1830. In: The Historical Journal 14 (1971) S. 529–552 (S. 534–537); Douglas PORCH, Army and Revolution. France 1815–1848, London, Boston 1974, S. 9–13.

127 PHILIPPS (wie Anm. 24) S. 251–265 und 281–291; BOURQUIN (wie Anm. 24) S. 365–425; William Spence ROBERTSON, France and Latin-American Independence, ND New York 1967, S. 226–343 und NICHOLS (wie Anm. 24) S. 137–160 und 321 f.

allem aber galt Frankreich den übrigen Großmächten weiterhin als ein schwer kalkulierbarer außenpolitischer Faktor, der aufgrund seiner andauernden innenpolitischen Kämpfe, auch um die französische Rolle in der Pentarchie, das gerade etablierte Gleichgewicht der Kräfte latent gefährdete: »La France a été, en 1818, associée aux Alliés, mais elle n'a jamais pu paraître, ni pour elle-même, ni pour les autres puissances, dans l'attitude d'une partie intervenante dans le système véritable de l'Alliance; cette attitude était incompatible avec le régime révolutionnaire sous lequel elle était placée dans son intérieur«¹²⁸. Dieser Vorwurf resultierte zum einen aus Frankreichs revolutionär-kriegerischer Vergangenheit, die nach wie vor ein Trauma der übrigen Großmächte darstellte, das vor allem Metternich aus echter Überzeugung wie taktischen Erwägungen am Leben erhielt¹²⁹. Zum anderen aus seiner Position *sui generis* unter den europäischen Mächten: Als ein konstitutionelles System mit politischer Öffentlichkeit unterschied sich Frankreich zwar deutlich von den Autokratien Rußland, Österreich und Preußen, ohne indes – trotz vieler Parallelen – eindeutig dem britischen Modell zu entsprechen: Das innenpolitisch gefestigte und außenpolitisch renommierte Großbritannien konnte – wie unter Canning und später Palmerston geschehen¹³⁰ – im Ausland mehr Reformen zulassen und dafür auch einmal eher einen offenen Bruch mit seinen europäischen Partnern riskieren als Frankreich, das sich im Innern mit einer Systemopposition von links wie rechts auseinandersetzen mußte und von außen nach wie vor als potentieller Unruhestifter angesehen wurde. Letztlich war das Frankreich der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aber zumeist eine stärkere Stütze der Wiener Nachkriegsordnung als der oft gelobte *Balancer* Großbritannien, insofern als es trotz aller Betonung seiner nationalen Selbständigkeit aufgrund seiner latenten innenpolitischen Bedrohung abhängiger vom Ausland und vom friedenserhaltenden Funktionieren des Europäischen Konzerts war als das selbstbewußte britische Inselreich.

RÉSUMÉ FRANÇAIS

L'article aborde la rentrée de la France au cercle des puissances européennes après sa défaite à la fin des Guerres napoléoniennes. C'est déjà en 1818 que les vainqueurs l'invitent au congrès d'Aix-la-Chapelle à participer à leurs délibérations. En même temps ils maintiennent leur alliance anti-française de 1814. Par conséquent la France redevient un sujet égal en droits au concert européen, mais reste aussi un objet de la méfiance des autres grandes puissances. Louis XVIII et ses gouvernements le savent et c'est pourquoi ils montrent une grande réserve dans la politique étrangère. Mais les révolutions espagnoles et italiennes en 1820/21 les forcent de prendre parti. Par la suite la France s'isole aux congrès de Troppau en 1820, Laybach en 1821 et Vérone en 1822, parce qu'elle évite de prendre position pour l'interventionnisme de la Russie, l'Autriche et la Prusse d'une part et pour l'isolationnisme de l'Angleterre d'autre part à cause de la scission de sa politique intérieure entre les ultraroyalistes et les libéraux. Le succès de l'expédition française d'Espagne en 1823 n'en change rien: Les autres grandes puissances persistent à croire que la France un jour révolutionnera l'Europe encore une fois, quoique les dirigeants français soient plus intéressés que l'Angleterre par l'accord de la Pentarchie européenne.

128 Metternich an Lebzelter am 5.3.1824. Zit. n. BERTIER DE SAUVIGNY, Metternich (wie Anm. 38) S. 871.

129 Ebd., S. 802 f.

130 DOERING-MANTEUFFEL, Wiener Kongreß (wie Anm. 24) S. 50–55 und 89 ff.